

Klimaschutz- und Finanzpolitik

Überlegungen vor den Koalitionsverhandlungen

Gerd Eisenbeiss, 28.09.2021

Es ist schon während und erst recht nach dem Wahlsonntag klar geworden, dass die größte Hürde vor einer Regierungsbildung in der Inkompatibilität einer radikalen grünen Klimaschutzpolitik und einer Finanzpolitik ohne Steuererhöhungen und neue Netto-Schulden besteht. Es ist daher logisch, dass die Protaktionisten beider Radikalismen, die Grünen und die Liberalen, mit Priorität sondieren müssen, wo ein gemeinsamer Pfad liegend könnte.

Dazu möchte ich ein Denkmodell zur Beleuchtung der Problemlage präsentieren, das dem Grundgedanken entspricht, volkswirtschaftlich minimale Klimaschutzkosten wären durch ein einheitliches CO₂-Handelssystem für Emissionszertifikate erreichbar. Um dieses Modell an der bestehenden Gesetzeslage zu orientieren (Klimaneutralität 2045), unterstellt mein Modell einen linearen Abbau der 800 Mio. t CO₂-Emissionen auf Null bis 2050 - unterstellend, dass die Differenz zur Klimaneutralität durch CO₂-Einspeicherung (im Boden, CCS, oder in Produkten, CCU) bewältigt wird. Das zeigt die zweite Zeile der nachstehenden Tabelle.

CO ₂ -Verknappung																
	2021	2023	2025	2027	2029	2031	2033	2035	2037	2039	2041	2043	2045	2047	2049	
CO ₂ -Emissionen [Mio. t]	800	745	690	634	579	524	469	414	359	303	248	193	138	83	28	
Preis eines Zertifikats [€/t]	30	60	90	120	150	180	200	200	200	200	200	200	200	200	200	
staatl. Einnahmen in Mrd. €	24	45	62	76	87	94	94	83	72	61	50	39	28	17	6	

Nun ist es nicht möglich abzuschätzen, wie hoch der CO₂-Preis werden müsste, um den stetigen Abbau der Emissionen zu bewirken. Ich nehme mit einer gewissen Willkür an, dass dafür ein stetiger Anstieg um 15€ pro t und Jahr ausreicht, bis in zehn Jahren 200€/t erreicht sind (3. Zeile).

Das Modell liefert die unter diesen Bedingungen anfallenden Staatseinnahmen mit einem raschen Anstieg bis auf fast 100 Mrd. € in zehn Jahren und einem Abfall auf Null, weil mit den Emissionen auch die Einnahmen verschwinden werden.

Dieses Geld wird also zunächst aus der Volkswirtschaft „abgesaugt“. Wer auch immer weiterhin fossile Energie direkt (tanken, heizen) oder indirekt (in Produkten und Dienstleistungen enthalten) verbraucht, wird diese Abgaben in den entsprechenden Preisen spüren.

Nun sagen die Parteien, dass sie das Geld rückverteilen wollen, um Energiearmut, soziale Unzumutbarkeiten und Firmenpleiten zu verhindern. Da solche sozialen Kompensationen aber nicht passgenau sein dürfen - es soll ja Druck auf Vermeidung fossiler Energien gemacht werden, werden viele Bürger und Unternehmen sowie andere Organisationen (insbesondere auch gemeinnützige) weniger Geld zur Verfügung haben. Wie immer, ist damit zu rechnen, dass jene die wegen der Pauschalität der Rückvergütung einen positiven Schnitt machen, still genießen, aber jene, die auch nur geringfügig schlechter herauskommen, werden protestieren, rebellieren und - jedenfalls der veranlassenden Regierung große Probleme bereiten.

Klimapolitisch ist auch in Rechnung zu stellen, dass eine ganze Reihe absehbarer CO₂-Vermeidungsstrategien nicht kostenneutral sind. Schon die E-Fahrzeuge, die Sonne und Wind statt Öl tanken, werden teurer sein als derzeitige Benziner und Diesel¹, auch das Heizen von Gebäuden mittels elektrisch betriebener Wärmepumpen oder die Stahl- und Chemieproduktion mittels grünem Wasserstoff. Gerade in der kritischen Zeit der nächsten 10 bis 20 Jahre sind auch viele funktionsfähige Investitionen (verbrennungsmotorische Fahrzeuge, fossile Heizungsanlagen und Kraftwerke) vorzeitig zu ersetzen.

¹ Man berücksichtige dabei auch an die wegfallende Mineralölsteuer, die die E-Fahrzeuge von Beiträgen zur Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur freistellt - 40 Mrd. €/a, die der Staat auf andere Weise erheben muss.

Im Spannungsfeld von Klimaschutz- und Finanzpolitik ist auch zu berücksichtigen, dass von der Erderwärmung ausgelösten Katastrophen (Dürren, Hochwasser etc) ja nicht vermieden werden, weil der CO₂-Gehalt der Atmosphäre in den nächsten 20 Jahren wohl kaum sinken wird. Für die deutsche Politik bedeutet das, dass eine Menge Investitionen zusätzlich nötig werden, um vor den bereits eintretenden Risiken a la Ahrtal zu schützen.

Wenn also FDP und Grüne zusammen sitzen und ehrlich miteinander umgehen, muss die FDP anerkennen, dass die nächsten 10 Jahre nur dann eine Chance auf klimapolitischen Fortschritt und Überleben der künftigen Regierung bringen können, wenn wesentliche Teile der Aufgaben durch „Sonder-schulden“ finanziert werden. Das wird der FDP leichter fallen, als Steuererhöhungen bei Einkommen, Vermögen oder Erbschaften (so richtig diese wären!).

Die nutznießenden künftigen Generationen müssen also eine zusätzliche Schuldenlast akzeptieren, auch wenn es moralisch gerechter wäre, wenn die verursachenden Generationen die Lasten durch Konsumverzicht finanzieren würden. Das wird sich aber nicht realisieren lassen, wenn wir die finanzielle Stresszeit der nächsten 3 Legislaturperioden sozial und friedlich überleben wollen. Denn wenn der erwartbare Kostenstress beim Bürger spürbar wird, wird es vorbei sein mit Frieden und Stabilität in Deutschland. Das aber zu sichern, ist erste Pflicht der Regierenden - nur für Deutschland, für Europa und weit darüber hinaus.

Ob der Kanzler dann Scholz heißt oder von der Union kommt, was FDP und Grüne vereinbaren, wird im Wesentlichen akzeptiert werden müssen, soweit es jedenfalls die Finanzierung der Klimaschutzpolitik anbetrifft. Was ich hier skizziert habe, wäre jedenfalls für die SPD keine Kröte.

Nachwort zum Technologiethema, mit dem sich die FDP um ordnungs- und finanzpolitische Zugeständnisse herum drücken will: so richtig es ist, dass die Bepreisung des CO₂ auf marktwirtschaftliche Weise auch die Kreativität von Millionen Menschen anregt, Neues zu denken und zu machen, so falsch ist die Unterstellung, dass da Großes zu erwarten ist. Die notwendigen Technologien für wirksamen Klimaschutz sind längst vorhanden; ihrer Anwendung stehen aber zumeist die höheren Kosten im Weg. Da wird ein höherer CO₂-Preis einiges in den Markt ziehen, aber an vielen Stellen in Industrie und Gebäuden wird es ohne staatliche Förderung und Subventionen nicht gehen. Man kann zwar von Grenzausgleichssystemen träumen, die wie Zölle jene Importe verteuern, die ohne entsprechende CO₂-Bepreisung erzeugt wurden, man wird das aber in den nächsten 10 Jahren nicht realisieren können.